

Redebeitrag für das Podium von Dieter Heisig
Evangelisches Industrie- und Sozialpfarramt Gelsenkirchen

Liebe Mitstreitende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Manchmal ist es gut, sich auf alte Einsichten und Sprüche zu besinnen.
Das haben wir in Gelsenkirchen getan.
Wir haben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens „ins Gebet genommen“.

Das wird niemanden bei einem Kirchenmenschen verwundern.
„Ins Gebet genommen“ und zwar ins politische Nachtgebet genommen, haben wir u .a.
Dezernenten, Betriebsräte, PolitikerInnen und andere Persönlichkeiten, die in Gelsenkirchen
bekannt sind.

Zu einem politischen Nachtgebet gehört bei uns stets ein Informationsteil. Und das sind dann
in der Regel Interviews. Und zwar Interviews, bei denen wir die Erfahrung machen, dass
Menschen in solchen Zusammenhängen anders reden als sonst. Sie werden ehrlicher,
menschlicher und offener, weil sie eben nicht in erster Linie in ihrer Funktion gefragt sind,
sondern als Menschen, manchmal auch als Christinnen und Christen.
Und wer wollte da schon einer harten Sanktionspraxis das Wort reden?

In solchen Zusammenhängen wird deutlich, dass es nicht nur um Gesetze, Vorschriften und
Ordnungen geht, sondern um Menschen.
Ein Nachtgebet in einer Kirche lässt Saiten erklingen, die ansonsten kaum öffentlich zu hören
sind und erreicht auch Menschen, die bereit sind, ihre „heile Welt“ zumindest in Frage stellen
zu lassen.
Und, nicht zu unterschätzen: hier wird deutlich, warum es keiner besonderen Legitimation
bedarf, wenn sich Kirche in die Politik einmischt.

Und noch etwas: ein Gottesdienst, ein politisches Nachtgebet, ist auch immer ein Stück
Selbstvergewisserung, die den Rücken stärkt, nicht nur alles nachzuplappern, was so
üblicherweise in die Öffentlichkeit posaunt wird.

Formen der Selbstvergewisserung, die brauchen wir auch in anderen Zusammenhängen und
Formen – damit z.B. ein Gewerkschafter die Traute entwickelt, unter Umständen auch mal
gegen eine Beschlusslage Stellung zu beziehen und eine Forderung nach einem
Sanktionsmoratorium zu stützen.

Natürlich haben wir so unsere Erfahrungen gesammelt bei Veranstaltungen, beim Unterschriftensammeln in der Fußgängerzone, beim Besuch von Parteiversammlungen u. a. m..

Die Erfahrungen, die wir (Mitarbeitende des Industrie- und Sozialpfarramtes und MitstreiterInnen der Hartz IV Selbsthilfe im ISPA) dabei gemacht haben, sind wahrscheinlich in weiten Teilen deckungsgleich mit denen, die andere auch machen mussten.

Natürlich begegnen einem da die bekannten Sätze wie:

„ Da muss auch mal durchgegriffen werden“

„Wie sollte man die !!! sonst bewegen...“

„Wer sich anständig verhält, dem passiert auch nichts...“

und, und, und....

Und natürlich gibt es auch in der Kirche Kurzsichtige, die da meinen, wir sollten uns doch gefälligst aus diesen Dingen heraushalten.

Aber es gibt nach unserer Erfahrung auch das Gegenteil: dass wir als kirchliche Initiative nicht sofort in eine Schublade von Partikularinteressen gesteckt werden, wie das z.B. bei Parteien oder Verbänden oft der Fall ist.

Ein Fazit, das daraus zu ziehen wäre, und das vielleicht auch für andere Gruppen und Initiativen zu bedenken wäre:

Wer für eine Forderung, wie die nach einem Sanktionsmoratorium, eintritt, muss wohl auch bereit sein, weitergehende Fragen z.B. nach Arbeitslosigkeit, nach der Rolle des Sozialstaates u. v. a. m. mit ins Gespräch zu nehmen.

Und auch wenn man manchmal erst mal „alles abkriegt“, was sich bei manchen Zeitgenossen so aufgestaut hat. Häufig ist das eine Voraussetzung, um danach in ein Gespräch eintreten zu können, das z.B. unsere Forderung nach einem Moratorium zum Inhalt hat.

Noch einige Anmerkungen zu meinen Erfahrungen, die ich im kirchlichen Bereich mit der Sanktionsmoraliumsforderung gemacht habe .Ob und welche dabei übertragbar sind oder nicht, muss natürlich jede/r für sich beurteilen. Denn in manchen Dingen sind Menschen aus dem kirchlichen Milieu eher typisch für unsere gesamte Gesellschaft – aber in manchen Dingen gilt es auch, Unterschiede zu beachten oder auch zu nutzen.

Dazu gehört:

das „grundsätzliche“ Argument (dass man keine Kürzungen am Minimum vornehmen darf) ist meist schnell einsehbar und nachvollziehbar. Hier ist auch gut anknüpfen an die eigene Grundurkunde des christlichen Glaubens (die biblische Überlieferung), die davon ausgeht, dass jedem Menschen Würde zukommt, eine Würde, die nicht genommen werden darf.

Häufiger habe ich in dem Zusammenhang die Verwunderung bemerkt, die Menschen zum Ausdruck brachten, die erstaunt waren, dass „so etwas bei uns überhaupt möglich ist“ (z.B. eine Totalsanktion).

„Der Staat darf doch niemanden ins Elend stürzen .. „, so oder ähnlich heißt es dann.

Oft bleibt es aber auch bei einer Art individueller Betroffenheit, aus der keine politische Folgerung gezogen wird.

Dagegen hilft wohl nur eine Netzwerkarbeit, die unterschiedliche Erfahrungen, Handlungsansätze und Sichtweisen miteinander ins Gespräch bringt.

(Ich habe hier z.B. sehr positive Erfahrungen am Beispiel der clean-clothes-campaign gemacht, einer Initiative, die „Kirchenfrauen und Gewerkschaftsfrauen“ mit unterschiedlichen Zugängen, aus unterschiedlichen Hintergründen – aber mit dem gemeinsamen Ziel eines Engagements für soziale Mindeststandards in der Textil- und Bekleidungsherstellung, zusammenbringt).

Und noch eins: wir sollten uns immer wieder deutlich machen, dass vielen Menschen, besonders denen aus der sog. Mittelschicht, oft ganz schlicht die Information fehlt; sodass jemand z.B. kaum für ein Sanktionsmoratorium eintreten wird, wenn er/sie überhaupt nicht weiß, dass es Sanktionen in diesem Zusammenhang gibt.

Aber als Letztes will ich noch die Aufmerksamkeit auf ein Phänomen lenken, dass mir und hoffentlich vielen anderen Mut macht, sich auch und gerade im Umkreis von Kirche für unsere Forderung zu engagieren:

die Menschen in dieser Umgebung sind meistens nicht unbedingt die ersten, die für bestimmte Forderungen eintreten, Da braucht es gewisse Anlaufzeiten.

Aber: wenn solche Forderungen, Kampagnen etc. mal in den kirchlichen „Dunstkreis“ gelangt sind, dann werden sie oft vielfältiger und ausdauernder vertreten als in manch anderen Bereichen.

Ich erinnere an die Anti Apartheidskampagne („Kauft keine Früchte aus Südafrika“)

oder an die Kampagne zum Schuldenerlass,

oder an die Versuche, den Sonntag nicht komplett zu verkommerzialisieren.

Manch engagierte Menschen aus vielerlei Zusammenhängen hatten oder haben da schon fast aufgegeben – hier, in der Kirche, war bzw. ist noch so mancher Dampfer auf Kurs, solange das Ziel noch nicht erreicht ist.

So möchte ich Mut machen, nicht nur Personen, sondern auch Anliegen „ins Gebet zu nehmen“ so oder so, direkt oder im übertragenen Sinn.

Wenn es der Sache und den Menschen dient – dann ist das angesagt.

Viel Erfolg!